Rheinland-Pfalz

Vereint gegen Cyber-Angriffe

[26.10.2016] Land und Kommunen arbeiten in Rheinland-Pfalz mit Blick auf die Informationssicherheit künftig enger zusammen. Ergänzend zum bereits bestehenden Computer Emergency Response Team (CERT) des Landes soll ein CERT auf kommunaler Ebene treten.

In Rheinland-Pfalz werden das Ministerium des Innern und für Sport und die Kommunen bei der Informationssicherheit enger zusammenarbeiten und den Schutz von Daten und IT-Systemen weiter verbessern. „Informationssicherheit betrifft alle, die sich im Cyber-Raum bewegen, das schließt Behörden und Verwaltungen nicht aus“, erklärt Innenminister Roger Lewentz. „Hierbei wollen Land und Kommunen ihre Kräfte bündeln, um stets einen sicheren Datenfluss zu gewährleisten.“ Wie das Innenministerium mitteilt, geht damit die am 1. Oktober 2016 geschlossene Rahmenvereinbarung von Innenministerium und kommunalen Spitzenverbänden für eine engere Zusammenarbeit in die Umsetzung. Ziel der gemeinsamen Vereinbarung sei der Aufbau eines so genannten Computer Emergency Response Teams (CERT) auf kommunaler Ebene. Mit dem CERT der Landesverwaltung sei bereits wichtiges Know-how in einer leistungsfähigen Organisation zentral gebündelt. Davon sollen künftig auch die Kommunen profitieren, indem sie beispielsweise an den Warn- und Informationsdienst des CERT-rlp angeschlossen werden. Durch das CERT stehen IT-Sicherheitsexperten zur Verfügung. Sie wirken bei der Lösung von IT-Sicherheitsvorfällen koordinierend mit, geben Warnungen vor Sicherheitslücken heraus und bieten Lösungsansätze. „Ein isoliertes Vorgehen der Kommunen ist unwirtschaftlich und stellt viele Gemeinden vor große Herausforderungen“, sagt Innenminister Lewentz. Wolfgang Neutz, Hauptgeschäftsführer des Städtetags Rheinland-Pfalz ergänzt: „Eine zentrale Anlaufstelle, die sich ganzheitlich um präventive, reaktive und nachhaltige Aufgaben strukturell wie auch personell widmen kann, erhöht die Informationssicherheit und kann die Kommunen in diesem komplexen und schnelllebigen Themenfeld entlasten.“ Seit dem Jahr 2014 arbeiten die kommunalen Spitzenverbände und das Innenministerium bereits im Projekt „Informationssicherheit bei den Kommunalverwaltungen Rheinland-Pfalz (ISK.RLP)“ zusammen. Das Vorhaben hat eine Laufzeit bis 2018. Eine Finanzierung erfolgt laut Ministerium bei einem Gesamtprojektvolumen von 800.000 Euro zu 80 Prozent aus Mitteln des Ausgleichsstocks.

(ve)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz